

LFO Landesfinanzordnung Grüne MV

Gremium: Landesverband
Beschlussdatum: 23.03.2019
Tagesordnungspunkt: 8.2. Landesfinanzordnung

Antragstext

1 I. Zuständigkeiten

2 § 1 Landesschatzmeister*in

3 (1) Der/Die Landesschatzmeister*in ist verantwortlich für die Erstellung des
4 Haushaltsplanes (gemäß § 13 Abs. 1 Landessatzung), die laufende Kontrolle
5 der Ein- und Ausgaben und die ordnungsgemäße Vorlage des
6 Rechenschaftsberichtes des Landesverbandes inklusive aller
7 Untergliederungen.

8 (2) Der/Die Landesschatzmeister*in informiert den Landesvorstand monatlich und
9 den Landesfinanzrat quartalsweise über die Entwicklung der Einnahmen und
10 Ausgaben.

11 (3) Der/Die Landesschatzmeister*in hat bei Finanzwirksamen Beschlüssen des
12 Landesvorstandes ein Vetorecht, welches nur mit einer Zweidrittelmehrheit
13 der abgegebenen Stimmen überstimmt werden kann. (gemäß §5 (3) GO Lavo)

14 (4) Der/Die Landesschatzmeister*in hat bei Finanzwirksamen Beschlüssen des
15 Landesfinanzrates ein aufschiebendes Vetorecht. (gemäß §2.3 GO Lafi)

16 § 2 Landesfinanzrat

17 Der Landesfinanzrat berät den Landesverband in allen Finanzfragen. Insbesondere
18 ist er zuständig für: (gemäß §13 Landessatzung)

19 a. die Aufstellung des Entwurfs des Haushaltes für den Landesverband und
20 seine vorläufige Inkraftsetzung bis zur nächsten
21 Landesdelegiertenkonferenz sowie die Budgetkontrolle,

22 b. die Vorbereitung von Vereinbarungen zur Aufteilung der Finanzmittel
23 zwischen Landesverband und Kreisverbänden für die
24 Landesdelegiertenkonferenz,

25 c. die Beschlussfassung über sämtliche Fragen hinsichtlich der Sonderbeiträge
26 auf Grundlage der Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz,

27 d. die Entscheidung über die Vergabe von Finanzmitteln aus dem
28 Finanzausgleichsfonds,

29 e. die Entscheidung über Anträge und Gegenstände, die von anderen Gremien an
30 ihn verwiesen werden.

31 § 3 Kreisverbände

- 32 (1) Es gilt der Grundsatz weitgehender Autonomie der Kreisverbände, die ihre
33 Grenze nur in der politischen Wirksamkeit der Landespartei und den
34 Bestimmungen des Parteiengesetzes findet.
- 35 (2) Die Kreisverbände sind für eine ordnungsgemäße Kassenführung
36 verantwortlich und dem/der Landesschatzmeister*in gegenüber
37 rechenschaftspflichtig.
- 38 (3) Kreisverbände und Gremien können sich eine eigene Finanzordnung geben.
39 Diese darf jedoch den Bestimmungen der Landesfinanzordnung nicht
40 widersprechen.

41 II. Organisatorisches

42 § 4 Landeshaushalt

- 43 (1) Der/Die Landesschatzmeister*in ist verantwortlich für die Erstellung des
44 Haushaltsplanes, der vom Landesfinanzrat und der Landesgeschäftsstelle
45 vorbereitet wird und vom Landesfinanzrat bis zur nächsten
46 Landesdelegiertenkonferenz vorläufig in Kraft gesetzt wird. (gemäß § 13
47 Abs. 1 Landessatzung)
- 48 (2) Dem Haushaltsplan ist ein mittelfristiger Finanzplan anzufügen, der
49 mindestens die nächsten 2 folgenden Haushaltsjahre umfasst.
- 50 (3) Die Landesdelegiertenkonferenz kann über den vorgelegten Entwurf mit
51 einfacher Mehrheit befinden. Änderungsanträge zu dem vom/von der
52 Landesschatzmeister*in eingebrachten Entwurf bedürfen zu ihrer Annahme
53 ebenfalls einer einfachen Mehrheit.
- 54 (4) Liegt für das angelaufene Jahr noch kein genehmigter Haushalt vor, so
55 dürfen über die vertraglichen Verpflichtungen hinaus nur Ausgaben getätigt
56 werden, die pro Monat den zwölften Teil des Vorjahresansatzes nicht
57 übersteigen. Neue vertragliche Verpflichtungen, die mit Ausgaben über
58 diesen Rahmen hinaus verbunden sind, sind nicht zulässig.
- 59 (5) Ist es absehbar, dass der Haushalt nicht einzuhalten ist, hat die/der
60 Landesschatzmeister*in unverzüglich einen Nachtragshaushalt einzubringen.
- 61 (6) Im Vorfeld der Aufstellung des Haushaltsplanes stimmen die jeweiligen
62 Gremien oder Organe mit eigenem Haushaltsansatz ihre Finanzplanung für das
63 nächste Haushaltsjahr mit dem/der Landesschatzmeister*in ab.

64 § 5 Rechenschaftsbericht

- 65 (1) Die/der Landesschatzmeister*in ist verantwortlich für die ordnungsgemäße
66 Vorlage des Rechenschaftsberichtes des Landesverbandes inklusive aller
67 Untergliederungen gemäß dem Parteiengesetz und den Beschlüssen der
68 Bundespartei spätestens bis zum 30. April eines jeden Jahres.
- 69 (2) Zu diesem Zweck legen die Kreisschatzmeister*innen und die
70 Finanzverantwortlichen der Gremien, die zu einer eigenen Kassenführung

- 71 verpflichtet sind der/dem Landesschatzmeister*in bis spätestens zum 28.
72 Februar eines jeden Jahres die Jahreskassenberichte ihres Kreisverbandes
73 bzw. Gremiums vor. Kreisverbände, die ihren Bericht nicht bis zum 28.02.
74 eingereicht haben, zahlen dafür 50,- Euro je angefangene Woche Verzögerung
75 an den Landesverband. Legt der Kreisvorstand gegen diesen Beschluss
76 der/des Landesschatzmeister*in Widerspruch beim Landesfinanzrat ein, so
77 entscheidet der Landesfinanzrat auf seiner nächsten ordentlichen Sitzung,
78 ob der Beschluss der/des Landesschatzmeister*in aufgehoben wird.
- 79 (3) Der Landesverband bietet die Möglichkeit die Buchführung der Kreisverbände
80 und übrigen Untergliederungen zentral abzuwickeln. Die Modalitäten sowie
81 die Kostenträgerfragen hierfür werden einzelvertraglich geregelt.
- 82 (4) Bestandteile der Jahreskassenberichte sind:
- 83 ◦ eine Übersicht über die Einnahmen, die Ausgaben, die Aktivposten und
84 die Passivposten in der Form, dass die Erstellung des
85 Rechenschaftsberichtes entsprechend den Bestimmungen des
86 Parteiengesetzes ermöglicht wird. Die/der Landesschatzmeister*in
87 stellt hierfür ein entsprechendes Formblatt zur Verfügung.
 - 88 ◦ Durchschläge oder Übersichten über die für das Berichtsjahr
89 ausgestellten Zuwendungsbescheinigung
 - 90 ◦ eine Liste der Mitglieder zum Stand des 31. Dezember des
91 Berichtsjahres
 - 92 ◦ eine Übersicht über den Stand und die Beschlusslage zu den
93 ausgewiesenen internen Rücklagen
 - 94 ◦ den ersten und letzten Kontoauszug des Berichtsjahres.
 - 95 ◦ Deckblatt, (Vollständigkeitserklärung)
- 96 (5) Die/der Landesschatzmeister*in ist für die Kontrolle der ordnungsgemäßen
97 Kassenführung der Kreisverbände und der Gremien, die zur Abgabe eines
98 Jahreskassenberichtes verpflichtet sind, verantwortlich. Es ist zu
99 gewährleisten, dass jederzeit die zur Erstellung des Prüfvermerks für den
100 Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei entsprechend dem Parteiengesetz
101 vorgeschriebenen Stich-proben möglich sind.
- 102 (6) Die/der Landesschatzmeister*in darf Kreisverbänden und Gremien zustehende
103 Gelder nur auszahlen, wenn die Vorlage eines ordnungsgemäßen
104 Jahreskassenberichtes sichergestellt ist. Ist die ordnungsgemäße und/oder
105 rechtzeitige Abgabe des Rechenschaftsberichtes auf Bundesebene gefährdet,
106 muss die/der Landesschatzmeister*in die Kassenführung des Kreisverbandes
107 bzw. des Gremiums an sich ziehen oder eine/n Beauftragte/n einsetzen. In
108 diesem Fall hat die/der zuständige Kreisschatzmeister*in alle für die
109 Erstellung eines ordnungsgemäßen Rechenschaftsberichtes notwendigen
110 Unterlagen an die/den Landesschatzmeister*in zu übergeben. Die hieraus
111 entstehen-den Kosten hat der entsprechende Kreisverband zu tragen.

112 § 6 Rechnungsprüfung

- 113 (1) Die Rechnungsprüfer*innen des Landesverbandes sind im in den Abs. 2 und 3
114 Maße auch für die Kreisverbände zuständig.
- 115 (2) Die Rechnungsprüfer*innen des Landesverbandes prüfen auf Beschluss des
116 Landesfinanzrates Kreisverbände in ihrer Buchführung. Die Auswahl treffen
117 die Rechnungsprüfer*innen in Abstimmung mit dem Landesfinanzrat.
- 118 (3) Die Rechnungsprüfer*in können außerdem von den Kreisverbänden zu
119 Buchführungsprüfungen angefordert werden. Die entstehenden Kosten
120 übernimmt der jeweilige Kreisverband.

121 III. Einnahmen

122 § 7 Mitgliedsbeiträge

- 123 (1) Der monatliche Mitgliedsbeitrag sollte 1 % des Nettoeinkommens betragen.
124 Jedes Mitglied hat die Pflicht, den Beitrag rechtzeitig zu bezahlen. Der
125 Mitgliedsbeitrag ist eine Bringschuld, die keiner gesonderten Aufforderung
126 bedarf. Die Kreisverbände haben die Möglichkeit, in ihren Finanzordnungen
127 andere Beiträge festzulegen oder eine Beitragsermäßigung oder -befreiung
128 zu regeln.
- 129 (2) Zu Beginn des dritten Quartalsmonats führen die Kreisfinanzbeauftragten
130 die anteiligen Beiträge an den Landesverband ab. Für jedes Mitglied eines
131 Kreisverbandes ist vor Ablauf des dritten Quartalsmonats des an den
132 Bundesverband abzuführenden Beitragsanteils zuzüglich 1,00 Euro je
133 Mitglied an den Landesverband abzuführen. Der Landesverband leitet den
134 Beitragsanteil an den Bundesverband weiter.
- 135 (3) Die Mitgliedsdaten sind von den Kreisverbänden monatsgenau in Sherpa
136 einzupflegen.
- 137 (4) Um die Höhe der Beitragsabführung zu ermitteln, werden die Mitgliedszahlen
138 aus den drei Quartalsmonaten addiert, die Summe wird mit dem Gesamt-
139 Beitragsanteil multipliziert.

140 § 8 Mandatsträgerbeiträge

141 Die Landespartei macht von ihrem durch Parteiengesetz und Bundessatzung
142 vorgesehen Recht, Mandatsträgerinnenbeiträge von ihren Mandatsträger*innen auf
143 Landesebene und Bundesebene zu erheben, Gebrauch. Die Höhe der Sonderbeiträge
144 wird von der Landesdelegiertenkonferenz bestimmt. (gemäß §5 Abs. 3 der
145 Landessatzung)

146 § 9 Spenden

- 147 (1) Der Landesverband und die Kreisverbände sind berechtigt, Spenden im Sinne
148 des Parteiengesetzes anzunehmen. Ausgenommen sind Spenden, die nach
149 Parteiengesetz unzulässig sind (z.B. anonyme Spenden von mehr als 500
150 EUR). Solche Spenden sind über den Landesverband und Bundesverband

- 151 unverzüglich an das Präsidium des Deutschen Bundestages weiterzuleiten. Im
152 Übrigen stehen jeder Ebene die bei ihr eingegangenen Spenden ungeteilt zu.
- 153 (2) Landesschatzmeister*in und Kreisfinanzbeauftragte sind dafür
154 verantwortlich, dass Spenden gemäß Parteiengesetz rechtmäßig vereinnahmt
155 und verbucht werden. Nur sie sind befugt, Spendenbescheinigungen
156 auszustellen.
- 157 (3) Jeder Spendenbescheinigung muss eine entsprechende Buchung zugrunde
158 liegen. Spendenbescheinigungen sollen am Jahresende über die Gesamtsumme
159 ausgestellt werden.
- 160 (4) Der Landesverband verpflichtet sich zur Einhaltung des Spenden-Codex' des
161 Bundesverbandes.

162 § 10 Verteilung der staatliche Parteienfinanzierung

- 163 (1) Die/Der Landesschatzmeister*in beantragt die staatliche
164 Parteienfinanzierung (Land) beim Präsidium des Mecklenburger Landtages,
165 sofern dies nicht schon durch den Bundesverband erfolgt ist.
- 166 (2) Die Kreisverbände erhalten als Grundfinanzierung 25% der Summe, die der
167 Landesverband als Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung (Bund
168 und Land) zugewiesen bekommt.
- 169 (3) Die Verteilung der Grundfinanzierung auf die einzelnen Kreisverbände
170 richtet sich nach der Maßgabe eines Grundbedarfes der einzelnen
171 Kreisverbände in Abhängigkeit von der Fläche, und Anreizfaktoren für das
172 Einwerben von Mitgliedern, Spendern*innen und Wählern*innen.
- 173 (4) Die Grundfinanzierung wird wie folgt auf die Kreisverbände verteilt:
174 a. 35% nach gleichen Teilen,
- 175 b. 20% nach der anteiligen Fläche,
- 176 c. 20% nach dem Anteil der eingeworbenen Zuwendungen
177 (Mitgliedsbeiträge, Spenden natürlicher und juristischer Personen),
- 178 d. 20% nach der Anzahl der Wählerstimmen (Erst- und Zweitstimmen) bei
179 der letzten Landtags- und Bundestagswahl innerhalb der Grenzen des
180 Kreisverbandes zum Stand 31. Dezember des Vorjahres,
- 181 e. 5% fließen in einen Finanzausgleichsfonds, über dessen Verwendung im
182 Haushaltsjahr der Landesfinanzrat entscheidet (gemäß §13
183 Landessatzung). Sollten die Mittel des Finanzausgleichsfonds im
184 Haushaltsjahr nicht oder nicht vollständig ausgeschüttet werden,
185 fließen sie zusätzlich in die Mittel der Grundfinanzierung des
186 nächsten Jahres.

187 IV. Ausgaben

188 § 11 Finanzwirksame Beschlüsse

- 189 (1) Über Finanzausgaben entscheidet der Landesvorstand im Rahmen des Haushalts
190 mit einfacher Mehrheit.
- 191 (2) Finanzausgaben für den laufenden Geschäftsbedarf bis 500,- Euro im Monat
192 können durch die Geschäftsführung selbstständig verantwortet werden.
- 193 (3) Finanzausgaben bis 1000,- Euro können durch den/die Landesschatzmeister*in
194 in Absprache mit den Landesvorsitzenden selbstständig verantwortet werden.
- 195 (4) Finanzwirksame Anträge ohne Deckungsvorschlag sind nicht zur Behandlung
196 zuzulassen. Kommt dennoch ein entsprechender Beschluss zustande, darf der
197 Beschluss nicht vollzogen werden, bis von einem Beschlussorgan mit
198 Zustimmung der/des Landesschatzmeister*in eine entsprechende Umwidmung
199 innerhalb des Haushaltes des Landesverbandes vorgenommen worden ist. Über
200 derartige Umwidmung ist dem Landesfinanzrat Bericht zu erstatten.

201 § 12 Kostenerstattungen

202 Erstattungsfähig sind Kosten, die Mitgliedern oder anderen beauftragten Personen
203 entstehen bei der Wahrnehmung von Ämtern, Mandaten und Aufgaben in die, die
204 ihnen oder mit denen sie von einer Mitglieder- oder Vertreter*innen-Versammlung
205 oder einem anderen, satzungsgemäß dazu berechtigten Organ oder Gremium der
206 Partei gewählt, entsendet, erteilt oder betraut wurden. Näheres regelt die
207 Kostenerstattungsordnung des Landesverbandes Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-
208 Vorpommern. Die Kostenerstattungsordnung des Landesverbandes Bündnis 90/Die
209 Grünen Mecklenburg-Vorpommern wird vom Landesfinanzrat MV beschlossen und der
210 Landesfinanzordnung des Landesverbandes Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-
211 Vorpommern als Anhang beigefügt ist.

212 § 13 Personalausgaben

- 213 (1) Der Landesverband verpflichtet sich bei der Bezahlung von
214 Mitarbeiter*innen zur Einhaltung eines Mindestlohnes, der den gesetzlichen
215 Mindestlohn um mindestens 1,00 EUR pro Stunde übersteigt.
- 216 (2) Die monatliche Vergütung für ein studienbegleitendes oder vergleichbares
217 Vollzeitpraktikum beträgt mindestens 300 Euro. (gemäß V5 alt Faires
218 Praktikum LDK Stralsund 2011)
- 219 (3) Die Landesvorsitzenden haben die Möglichkeit ihre Tätigkeit vergütet zu
220 bekommen. Die Vergütung orientiert sich an vergleichbaren Tätigkeiten,
221 über die Höhe entscheidet der Landesvorstand. (Umsetzung des Z3 LDK
222 Stralsund 2011)

223 § 14 Gremienbudgets

224 (1) Auszahlungen im Rahmen der Gremienbudgets orientieren sich an dem nach § 4
225 abgestimmten Finanzplan des jeweiligen Gremiums.

226 (2) Auszahlungen sind grundsätzlich zweckgebunden und erfolgen gegen Vorlage
227 entsprechender Belege nach den Regelungen für Kostenerstattungen der
228 aktuellen Kostenerstattungsordnung des Landesverbandes.

229 (3) Vorschusszahlungen können vom Landesvorstand nach Vorlage der
230 voraussichtlichen Gesamtkostenübersicht genehmigt werden. Es gelten die
231 Genehmigungsregeln des § 11. Die Belege müssen nach betreffender
232 Veranstaltung gesammelt inkl. tatsächlicher Gesamtkostenübersicht
233 eingereicht werden.

234 (4) Budgets für öffentliche Veranstaltungen, welche von Gremien organisiert
235 werden, bedürfen eines entsprechenden Antrages inkl. voraussichtlicher
236 Gesamtkostenübersicht. Es gelten die Genehmigungsregeln des § 11.

237 § 15 Rücklagen

238 (1) Auf allen Ebenen der Landespartei werden überschüssige Finanzmittel
239 prinzipiell internen Rücklagen zugeführt.

240 (2) Darüber, wann und wofür diese Rücklagen wieder aufgelöst werden sollen,
241 entscheiden die zuständigen Parteiorgane möglichst frühzeitig nach der
242 Einnahme.

243 (3) Dem Haushaltsplan sind Übersichten über den Stand der internen Rücklagen
244 beizufügen.

245 (4) Rücklagen sollen möglichst zinsträchtig angelegt werden.

246 Anlage

247 Spendenkodex des Bundesverbands in der jeweils gültigen Fassung